

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1922

126 (1.6.1922)

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Durlach.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertage ausgenommen.
Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich
monatlich 15 Mk., Postbezug monatlich 15 Mk. 50 Pfg., Einzelnummer
und Belegblatt 70 Pfg.
Redaktion, Druck und Verlag: Adolf Dups, Durlach, Mittelstraße 6
Fernsprecher 204.



Die einpaltige Petitzeile oder deren Raum 1 Mk., Reklamezeile
4 Mk. 50 Pfg. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nach-
mittags 4 Uhr, für dringliche Familien-Anzeigen am Erscheinungstag
7/8 Uhr vormittags. Kleine Anzeigen sind sofort zu bezahlen. Für
Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr über-
nommen werden. Im Fall höherer Gewalt hat der Bezüher keine
Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 126.

Donnerstag den 1. Juni 1922.

93. Jahrgang.

Tagespiegel.

Im Reichstag stellte die Deutsche Volkspartei den Antrag auf Erörterung der Reparationsnote.
Drei Monate nach der Uebergabe an die deutsche Verwaltung wird die Volksabstimmung über die Autonomie Oberschlesiens stattfinden.
Die Verhandlungen der deutschen Regierung mit der Ukraine über einen Handelsvertrag wurden abgebrochen.
Das neue österreichische Kabinett ist nunmehr gebildet worden.
In der französischen Kammer wurde die Debatte über die Außenpolitik der Regierung fortgesetzt.

Die Note an die Wiederherstellungs-Kommission.

Berlin, 30. Mai.

Die der Wiederherstellungskommission am 29. ds. Mts. durch die deutsche Kriegslastenkommission in Paris übergebene Note hat folgenden Wortlaut:
Unter Bezugnahme auf ihre Note vom 9. Mai d. J. und die Besprechungen, die inzwischen in Paris stattgefunden haben, beehrt sich die deutsche Regierung, in der Anlage einen Plan über die Einnahmen und die Ausgaben des Reichs im Rechnungsjahr 1922 mitzuteilen, die auf Grund eingehender Nachprüfung gemäß der Note der Wiederherstellungskommission vom 21. März 1922 und der erwähnten Note der deutschen Regierung vom 9. Mai 1922 aufgestellt worden sind.

Die Erhöhung der Einnahmen gegenüber den zurzeit dem deutschen Reichstag vorliegenden Haushaltsplan beruht auf einer erneuten Schätzung der deutschen Steuern einschließlich des Steuerkompromisses unter Berücksichtigung der in letzter Zeit ermittelten Aufkommens des vorangegangenen Jahres und der seit der letzten Schätzung fortgesetzten Selbstentwertung.
Zu den Ausgaben wird folgendes bemerkt: Die Zuschüsse für die Betriebsverwaltungen sind befristet. Für die Lebensmittel-Verschönerung sind für das Jahr 1922 nur noch 950 Millionen Mark gegenüber 17,2 Milliarden Mark im Jahre 1921 vorgezogen. Im übrigen sind die Beihilfen und Unterstützungen, soweit es die Rücksicht auf bestehende Verpflichtungen und die Möglichkeit der Aenderungen der Organisation zuließ, weggefallen und weitere Streichungen bei den Ausgabeleistungen vorgenommen. Auf diese Weise sind im Haushalt 1922 gegenüber 1921 Ausgaben im Betrage von 24,5 Milliarden Mark abgesetzt worden. Bei den außerordentlichen Haushalten der allgemeinen Reichsverwaltung und der Betriebsverwaltungen sind, wie die Schlussbemerkung zu dem anliegenden Plan ergibt, gegenüber den Einsetzungen der Voranschlagsparnismen in Höhe von mindestens 3 Milliarden in Aussicht genommen. Die Erzielung weiterer Ersparnisse innerhalb der Reichsverwaltung ist in die Wege geleitet. Um die Durchführung der erforderlichen Maßnahmen zu sichern, hat die deutsche Regierung neuerdings den Beschluß gefaßt, im Reichsfinanzministerium einen besonderen Kommissar zu bestellen.

Schwebende Schuld.

Die deutsche Regierung ist entschlossen, sich aufs eifrigste zu bemühen, jedes weitere Anwachsen der schwebenden Schuld zu verhindern. Sie ist jedoch davon überzeugt, daß unter den gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen solche Anstrengungen nicht durchgeführt werden können, wenn Deutschland nicht eine ausreichende Unterstützung im Wege einer äußeren Anleihe erhält. Vorausgesetzt, daß diese Unterstützung binnen angemessener Frist verfügbar wird, unternimmt es die deutsche Regierung, sich mit der Angelegenheit auf folgender Grundlage zu befassen:
Der Stand der schwebenden Schuld vom 31. März 1922 gilt von jetzt an als regelmäßiger Höchstbetrag. Wenn am 30. Juni 1922 oder am letzten Tag eines der folgenden Monate der Betrag der schwebenden Schuld den Regl-Höchstbetrag überschreitet, so werden Schritte getan werden, um sicherzustellen, daß die Überschreitung innerhalb der folgenden drei Monate zurückgezahlt wird und zwar entweder a) mit Hilfe von Eingängen, die die Ausgaben in den drei Monaten überschreiten, soweit solche Eingänge verfügbar sein sollten, oder b) durch die Aufnahme von Krediten auf andere Weise als bei der Reichsbank und in einer Form, die nicht die Inflation erhöht. Wenn trotz dieser Schritte der Betrag der schwebenden Schuld am Ende der drei Monate noch den Regl-Höchstbetrag überschreitet, wird die deutsche Regierung alsbald Vorschläge für den Ausbau des Steuerwesens einbringen und alles tun, um ihre Annahme im Wege der deutschen Gesetzgebung zu erreichen, mit dem Ziel, daß noch in dem jeweiligen laufenden Rechnungsjahr, oder, wenn davon mehr als die Hälfte abgelaufen ist, binnen sechs Monaten ein Betrag beschafft wird, der nicht ge-

ringer ist als die bereits vorhandene und jede bis zum Ende des Rechnungsjahres voraussichtlich noch weiter entstehende Überschreitung.

Das vorstehende Verfahren unterliegt bis auf weiteres folgenden Maßgaben:

a) Solange noch keine Eingänge aus auswärtigen Anleihen zur Verfügung stehen, um die von der deutschen Regierung in Erfüllung von Verpflichtungen auf Grund des Vertrages von Versailles seit dem 1. April 1922 in ausländischen Zahlungsmitteln geleisteten Zahlungen zu decken, wird für die Feststellung, ob und inwieweit eine Überschreitung des Regl-Höchstbetrages vorliegt, ein Betrag in Höhe des Papiermarkt-Gegenwertes der vorläufig auf diese Weise nicht gedeckten Gesamtheit der genannten Zahlungen dem Stand der schwebenden Schuld vom 31. März 1922 hinzugerechnet.

b) Alle Eingänge aus auswärtigen Anleihen sollen zur völligen Rückzahlung dieses zum Regl-Höchstbetrag hinzugerechneten Betrages verwandt werden und zwar mit Vorrang vor allen anderen Verwendungszwecken, vorbehaltlich der auf Grund des Vertrages von Versailles in ausländischen Zahlungsmitteln zu begleichenden Verbindlichkeiten und solcher anderen Lasten, hinsichtlich der die Wiederherstellungskommission auf Erjuden der deutschen Regierung ihre Zustimmung besonders erteilt.

Nachprüfungen.

Auf der Grundlage des Schreibens, das die Wiederherstellungskommission am 21. März 1922 an den Reichskanzler gerichtet hat, erklärt sich die deutsche Regierung grundsätzlich mit den in diesem Schreiben vorgesehenen Nachprüfungen einverstanden. Sie geht davon aus, daß die Nachprüfungen die Souveränität Deutschlands nicht antasten, den geregelten Gang der Verwaltung nicht stören und in die durch Steuerheimnis geschützten Vermögensverhältnisse und Angelegenheiten der einzelnen Steuerpflichtigen nicht eindringen dürfen. Was die Eingänge anlangt, so wird die deutsche Regierung dem Garantie-Ausschuß ohne Verzögerung alle gesetzlichen oder verbindlichen Bestimmungen mitteilen. Sie wird mit dem Garantie-Ausschuß über die Maßnahmen zur Anwendung der Steuer- und Tarifvergebung ins Benehmen treten und ihm alle notwendigen Erleichterungen zur Nachprüfung ihrer Ausführung gewähren. Was die Ausgaben anlangt, so muß die deutsche Regierung darauf hinweisen, daß es in Deutschland bereits eine Prüfung des Ausgabendienstes gibt, die dazu dient, Haushaltsüberschreitungen zu verhüten. Sie ist bereit, die Wirksamkeit dieser Prüfung soweit wie irgend erforderlich zu verstärken. Die deutsche Regierung wird dem Garantie-Ausschuß jede Möglichkeit geben, sich über die Wirksamkeit der geübten Prüfung zu vergewissern. Ueber die Einzelheiten der oben bezeichneten Nachprüfungen wird die deutsche Regierung mit dem Garantie-Ausschuß ins Benehmen treten.

Kapitalflucht.

Im Hinblick auf die starke Inanspruchnahme der Reichsregierung, insbesondere durch die Vorbereitung und die Verabschiedung des Steuerkompromisses, sowie auch die anschließende wochenlange Behinderung mehrerer ihrer Mitglieder durch die Verhandlungen der Konferenz in Genua ist es der Reichsregierung nicht möglich gewesen, die Frage neuer Vorschläge über Maßnahmen zur Rückführung geflüchteter Kapitalien und zur Bekämpfung der Kapitalflucht abschließend zu klären. Sie ist aber mit der Wiederherstellungskommission darin einig, daß alles getan werden muß, um das angegebene Ziel zu erreichen. Mit Rücksicht auf die zu erwartende Gestaltung der Verhältnisse nicht die deutsche Regierung der Rückführung der geflüchteten Kapitalien besondere Bedeutung bei. Sie wird alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die Rückführung im Wege einer äußeren oder inneren Anleihe zu erreichen. Im übrigen erklärt sich die deutsche Regierung bereit, über die Einzelheiten einer Bekämpfung der Kapitalflucht mit dem Garantie-Ausschuß ins Benehmen zu treten und auf Grund dieser Erörterungen die Maßnahmen zu treffen, die geeignet erscheinen, die Kapitalflucht zu verhindern. Die deutsche Regierung wird der Wiederherstellungskommission vor dem 30. Juni 1922 das Programm für die oben erwähnten Maßnahmen mitteilen.

Autonomie der Reichsbank.

Die volle Unabhängigkeit der Reichsbank gegenüber der deutschen Regierung ist durch das Gesetz vom 26. Mai ds. J. sichergestellt.

Statistik.

Die deutsche Regierung hat angeordnet, daß die statistischen Veröffentlichungen wieder auf der Grundlage der Vorkriegszeit erfolgen. Sie wird dem Garantie-Ausschuß eine Aufzeichnung über den gegenwärtigen Stand dieser Veröffentlichungen mitteilen und schlägt vor, die auf dem Gebiet der Statistik liegenden Fragen mit dem Garantie-Ausschuß im einzelnen zu erörtern.

Bei Abgabe der vorstehenden Erklärung geht die deutsche Regierung davon aus, daß die Wiederherstellungskommission die in der Note vom 21. März 1922 für das Jahr 1922 vorgelegene Regelung der Entschädigungsleistungen nunmehr für endgültig erklären wird.

(Gz.): Dr. Wirth.

Deutscher Reichstag

Berlin, 31. Mai, 11.20 Uhr. Im Regierungssaal Reichskanzler Dr. Wirth, Rathenau, Giesberts.

Auf Antrag des Abg. Alpers (Deutsch-Baum.) wird der Gesetzentwurf zur Ausführung des Art. 18 der Reichsverfassung von Neubildung von Bundesstaaten durch Abtunung der Bevölkerung von der Tagesordnung abgesetzt und erst in den ersten Tagen nach den Ferien erledigt. Anträge auf Strafverfolgung der Abg. Bruhn (D. N.), Heim (Bay. Volksp.) und Thomas (Komm.) werden abgelehnt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über den Vertrag zwischen Deutschland und Dänemark betreffend die Regelung der durch den Uebergang der Staatshoheit in Nord-Schleswig auf Dänemark entstandenen Fragen.

Freiherr v. Rheinbaben (D. Volksp.) berichtet über die Verhandlung im Auswärtigen Ausschuß. Der Vertrag ist eine Folge des Versailler Friedensvertrages. Der Ausschuß stellte sich auf den Standpunkt, daß eine Verständigung zwischen den beiden Ländern der beste Weg wäre.

Reichskanzler Dr. Wirth: Bei dem vorliegenden Vertrag hat die Regierung ihre Aufgabe darin erblickt, auf der Grundlage der tatsächlich geschaffenen Verhältnisse mit der dänischen Regierung zu einer Verständigung über die zahlreichen Fragen zu gelangen. Den Bes. der direkten Verständigung hat auch die dänische Regierung als zweckmäßig anerkannt. In den Erörterungen habe nicht zuletzt die Politik und die persönliche Einwirkung des dänischen Außenministers beigetragen. Der Vertrag werde hoffentlich dazu dienen die beiden Völker in absehbarer Zeit einander näher zu bringen. Der Gedanke, daß unsere Volksgenossen in den Kulturkreisen verbleiben werden, denen sie bisher angehört haben, hat etwas Tröstliches für uns. Auch ihnen ist weiterhin die Möglichkeit gegeben, den Gedanken des Deutschen zu pflegen und seine Wurzeln der deutschen Kultur zu sein. Der Reichskanzler bittet am Schluß seiner Rede den Vertrag anzunehmen. (Beifall).

In der Aussprache nimmt Abg. Fromme (Soz.) dem Vertrag zu und hofft auf Schutz der Minderheiten.

Abg. Thoma (D. N.) erklärt, daß seine Partei die durch den Gewaltvertrag von Versailles geschaffenen neuen Grenzen nicht anerkennen könne.

Abg. Dr. Kunkel (D. V. P.) stimmt dem Antrag zu, beharrt aber, daß Dänemark Gebiete für sich beansprucht hat, die unzweifelhaft zu Deutschland gehören. Einer dänischen Propaganda diesseits der Grenze sollte entschieden entgegengetreten werden.

Abg. Dr. Breitscheid (U. S. P.) stellt fest, daß von allen Vertretern dieser Art dieser der schmerzlichste sei.

Abg. Gothein (Dem.) billigt den Vertrag und bedauert, daß eine große Zahl von Deutschen jenseits der Grenze bleiben.

Darauf wird der Vertrag in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Die Besprechung der Antwort der deutschen Regierung auf die Note der Reparationskommission vom 30. Mai soll nach einem Antrag von Dr. Beyer-Besselt (D. V. P.) auf die Tagesordnung gesetzt werden. Nach längerer Geschäftsordnungsansprache wird diese Angelegenheit dem Ausschuß überwiesen.

Der Gesetzentwurf über die Erhöhung der Zulagen aus der Unfallversicherung wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über die Erhöhung der Versicherungsbeiträge bei den Krankenkassen. Die Regierung hatte beantragt, daß die Versicherungsbeiträge zur Altersrente auf Einkommen bis 6000 Mark erhöht wird. Der Ausschuß schlägt eine Erhöhung bis 72000 Mark vor.

Der Ausschußantrag wird angenommen. Desgleichen die ganze Vorlage in der Ausschlußfassung.

Es folgt die zweite Beratung eines von allen Parteien eingebrachten Gesetzentwurfs, nach dem die Grenze für die Versicherungsbeiträge und Berechtigten in die Höchstgrenze für den Grundlohn der Krankenkasse, ferner die Geldbeiträge in der Wochenfürsorge, sowie die Geldbeiträge in der Unfallversicherung, desgleichen die Jahresbeiträge in der Unfallversicherung und schließlich das Maß der Unterstützung von Rentempfängern der Invaliden und Angehörtenversicherung von der Reichsregierung geändert und Uebergangsbestimmungen erlassen werden können.

Ein gemeinsamer, von Abg. Andre (Centr.) bezüglicher Antrag der Bürgerlichen und Sozialdemokraten fordert, daß in der Angestelltenversicherung die Grenze auf 100 000 Mark festgelegt werden soll; auf die bisherigen sollen vier weitere Lohnklassen aufgebaut werden. Dieser Antrag wurde unbeschadet angenommen. Das Sozialversicherungs-Gesetz wird in zweiter und dritter Lesung angenommen, desgleichen der Gesetzentwurf über die Erhöhung der Verwaltungskostenbeiträge bei Tilgungsdarlehen. Das Reichsfinanzgesetz wird an den sozialen Ausschuß überwiesen. Eine unabhängige Interpellation, die Auskunft von der Regierung über die Pariser Verhandlungen fordert, soll auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden. Der Antrag Crispian (U. S. P.), in eine Sitzung einzutreten, wenn der Reichskanzl. weitere Mitteilungen über die Antwort der deutschen Regierung an die Reparationskommission machen könne, wird gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Damit ist der Antrag Beyer-Besselt (D. V. P.) auf sofortige Besprechung der Note vorläufig erledigt.

Die Abstimmung über das deutsch-nationale Mißtrauensvotum.
Zunächst wird eine Reihe von Erklärungen einzelner Fraktionen abgegeben. Abg. Crispian (U. S. P.) lebt im

Kamen seiner Fraktion den Antrag der Deutsch-nationalen ab, weil die Unabhängigen den demagogischen Zielen der Deutsch-nationalen weder direkt noch indirekt Vorzug leisten wollen. Die Unabhängigen behielten sich vor, die Regierung über die Fortführung der Reparationspolitik zu interpellieren, um alsdann zu dem Verhalten der Regierung Stellung zu nehmen.

Abg. Bergt (D.Nk.) weist darauf hin, daß die Note mit der Souveränität des Reiches völlig unverträgliche Einzelbestimmungen enthalte, wodurch das Mißtrauensvotum nur erhöhte Bedeutung erlangt habe. Die Regierung habe die Rechte der Volksovertretung von neuem schwer verletzt. Die gefährliche Erfüllungspolitik dürfe nicht in der bisherigen Weise fortgesetzt werden. Deshalb müsse durch die Annahme des Mißtrauensvotums die Regierung beseitigt werden.

In der Erklärung der Deutschen Volkspartei, die Abg. Beder-Hessen abgibt, wird eine weitgehende Finanzkontrolle mit der Würde des Deutschen Reiches für unvereinbar gehalten. Nachdem es der Deutschen Volkspartei durch Beschluß des Reichstages unmöglich gemacht werde, ihre Anschaffung in dieser Beziehung genauer darzulegen, bleibe ihr nur die Zustimmung zum Antrag übrig.

Die bayerische Volkspartei lehnt den Mißtrauensantrag durch den Abg. Leicht ab.

Der deutsch-nationale Mißtrauensantrag wird darauf gegen die Stimmen der Deutsch-nationalen und der Deutschen Volkspartei und Kommunisten abgelehnt.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 19. Juni, nachmittags 2 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen Beschlüsse zu § 18 der Reichsverfassung, falls entsprechend dem Antrag Erbins eine Mitteilung des Reichstanzlers eingeht, soll die Sitzung früher anberaumt werden. Schluß 3 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 31. Mai. Eine Reihe hervorragender Persönlichkeiten aus wissenschaftlichen, literarischen, künstlerischen und politischen Kreisen hat an das Reichsministerium die Bitte gerichtet, bei der bayerischen Regierung dahin zu wirken, daß der seit dem Jahre 1919 in der bayerischen Festung Niederschönenfeld gefangen gehaltene Dichter Ernst Toller beurlaubt werde, um Gelegenheit zu haben, der Ausführung eines von dem genannten Dichter verfaßten neuen Bühnenwerkes beizuwohnen.

Breslau, 31. Mai. Im Laufe des vorgestrigen Tages und der Nacht kam es im oberschlesischen Industriegebiet, vor allem in Kattowitz, zu ernsthaften Unruhen. Die Ursache ist ein in polnischen Blättern erschienener Aufruf des polnischen Eisenbahnerverbandes, in dem die polnischen Eisenbahnarbeiter und Eisenbahnangestellten in dem deutschen Teile Oberschlesiens aufgefordert wurden, nach Kattowitz zu kommen und die deutschen Arbeiter in Polnisch-Oberschlesien zu ersetzen. Gestiegen wurde die Erregung durch einen polnischen Aufruf mit der Forderung, nicht eher zu ruhen, als bis der letzte Deutsche aus dem polnischen Gebiet heraus sei. Auch außerhalb von Kattowitz wurden Ausschreitungen gegen Deutsche verübt. Auf der Cleotas-Grube wurde das Schlafhaus überfallen, die Deutschen aus den Betten gezogen und vertrieben. In Laurahütte kam es zu Geschäftsstörungen. Die polnischen nationalpolitischen Ansätze scheinen sich nicht nur gegen die deutschen Arbeiter, sondern auch gegen Angehörige der polnischen sozialistischen Partei zu richten.

Kattowitz, 31. Mai. Polnische Ansammlungen am Bahnhof waren auch gestern wieder den ganzen Tag festzustellen. Am Morgen zog unter Führung eines früheren Abstimmsbeamten, der eine rote Fahne trug, ein Teil nach Palenz, wo deutsche Beamte der Haldehütte mißhandelt wurden. Besonders der Oberingenieur Boris erlitt schwere Mißhandlung. Gegen Mittag war die Menge noch erregter. Ein Orchestermusikant wurde von den jungen Burken nach dem Bahnhof geschleppt und dort verprügelt. Er konnte sich schließlich durch Flucht aus dem Bahnhof retten. Eine Gruppe von etwa 30 Mann zog unter Vortragung der polnischen Fahne und eines Schildes mit der Aufschrift „Vertriebene Flüchtlinge aus Gleiwitz“ nachmittags durch die Stadt. Den Zeitungsvendern auf der Straße wurde erhebelich zugehört, sobald deutsche Zeitungen zum Verkauf anführten. Gegen Abend zogen verstärkte Patrouillen der Besatzungsstruppen durch die Straßen und säuberten sie. Auf dem Bahnhofs werden die Passanten angehalten und ihre Ausweise und Pässe revidiert.

München, 31. Mai. Hier begann gestern die 50. Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrates. Reichsernährungsminister Dr. Fehr mit anderen Vertretern des Reichsernährungsministeriums, ferner Vertreter der Regierung von Preußen, Sachsen, Hessen, der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld und Landwirtschaftsminister Buhlhofer, der Vorsitzende des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft Edler von Braun und viele andere waren erschienen. Reichsernährungsminister Dr. Fehr überbrachte Glückwünsche der Reichsregierung und erklärte, der deutsche Landwirtschaftsrat habe sich als ein Faktor der Verfassung erwiesen. Der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld erklärte, die Landwirtschaft sei heute der Mittelpunkt des wirtschaftlichen Lebens und sie müsse sich bemühen, daß ihr die Aufgabe zufalle, uns aus der Not der Zeit herauszuarbeiten und die Ernährung des Volkes sicherzustellen. Nach weiteren Ansprachen, in denen u. a. der zweite Vizepräsident Dr. von Wehnert Bayern als das Land der Ordnung bezeichnete, an dessen Wesen noch das Reich genehmigt habe, hielt Prof. Dr. Dabe-Berlin die Festrede, in der er einen Rückblick über die deutsche Agrarpolitik seit 50 Jahren gab und die Hoffnung aussprach, daß uns ein neuer Aufstieg beschieden sein möge. Es wurde dann in die umfangreiche Tagesordnung eingetreten, zu deren wichtigsten Gegenständen die Fragen des landwirtschaftlichen Hilfswerts und der Produktionssteigerung gehören. Der erste Referent, Hofschweizer, teilte mit, daß in der gestrigen Vorstandssitzung beschlossen wurde, trotz Wiederkehr der Getreideumlage das landwirtschaftliche Hilfswerk durchzuführen, aber jede Verantwortung für Erschwerung und ein zeitweiliges Mißlingen infolge der Umlage ausdrücklich abzulehnen. Der zweite Referent, Oppen, verlangte dagegen, daß der Kampf gegen die Umlage als einer ungerechten Besteuerung der Landwirtschaft noch fortgesetzt werde, nachdem die Landwirtschaft eine Sondersteuer von 10 Milliarden schon habe zahlen müssen. Die Wiederholung der Getreideumlage würde die Produktionssteigerung unmöglich machen. In der Debatte warnten mehrere Redner die Reichsregierung dringen vor der Wiedereinführung der Getreideumlage, da die Führer der Landwirtschaft die Bauern dafür nicht mehr gewinnen könnten, und diese Maßnahmen die schlimmsten Folgen haben müssen. Die Beratungen sind noch nicht abgeschlossen.

München, 30. Mai. In München begann gestern vormittag in Anwesenheit von rund 2500 Teilnehmern aus dem ganzen Reich die 28. Jahresversammlung des Verbandes deutscher Elektrotechniker. Der Verbandsvorsitzende, Direktor Werner von dem Siemens-Schudertwerke, eröffnete die Versammlung und verwies auf die riesenhafte Entwicklung der deutschen Elektrotechnik, die uns die Lösung der ganzen Welt eingetragen habe. Leider seien die Leistungen des letzten Jahres noch hinter denen von 1913 zurückgeblieben, was den Folgen der Streiks zuzuschreiben sei, besonders dem Metallarbeiterstreik und dem achtstägigen Eisenbahnerstreik. Freudig begrüßte der Redner den Abschluß des Vertrages von Rapallo, womit die deutsche Reichsregierung zum ersten Mal den Mut zur Vollbringung einer eigenen Art bewiesen habe. Der Redner geißelte den Versailler Vertrag als wahrhaftige Enttäuschung am deutschen Volk. Dem französischen Berichtswortlaut müssen die deutschen Arbeitskräfte entgegen gesetzt werden. Es wurden zahlreiche Begrüßungsansprachen gewechselt, so auch von Staatssekretären der Reichspost, des Reichsverkehrsministeriums und dem bayerischen Ministerpräsidenten Graf Lerchenfeld.

Ausland.

Paris, 31. Mai. Zur französischen Schutzollpolitik hat sich der französische Abgeordnete Lafayette in den Wandbelangen der Kammer wie folgt geäußert: Wir wenden an der Grenze eine übertriebene Schutzollpolitik an. Dieser Schutzoll wirkt geradezu als Prohibitivoll gegen die Einfuhr. Brauchen wir uns also zu wundern, daß Deutschland besonders mit England und Amerika in Handelsbeziehungen steht? Wir müssen bedenken, daß die Mark eines Tages steigen wird. Dann müssen wir nicht erstaunt sein, wenn Deutschland nicht bei uns einkauft, und wenn der deutsche Markt in den Händen der Engländer und Amerikaner ist.

Paris, 31. Mai. Die Reparationskommission hielt gestern eine offizielle Sitzung ab, als deren Ergebnis mitgeteilt wird, daß die Entente von der deutschen Antwortnote befriedigt sei und in einer entsprechenden Mitteilung an die Berliner Regierung das provisorische Moratorium als endgültig bis zum Ende des Jahres verlängert erklärt wird. Damit ist die Reparationsfrage, wie immer die Anleiheverhandlungen verlaufen, jedenfalls für 1922 aus dem Wege geschafft und wird nicht mehr mit Sanktionsdrohungen, Ruhrbesetzung usw. die europäische Debatte verschärfen. Das Thema der Ruhrbesetzung ist abgesetzt. Es ist daher eine feststehende Tatsache, daß man im Quai d'Orsay, dem Amtsbereich Poincarés, mit dieser Regelung nicht zufrieden ist. Aber in diesem Falle bleibt die Meinung der Reparationskommission, deren Souveränität Poincaré vor ein paar Wochen, als er Lloyd George jede Reparationsverdringung verweigerte, ausschlaggebend gegen alle Einwände des unerbittlicheren Lothringers.

Paris, 31. Mai. Der „Temps“ bestätigte gestern, daß die Rückfrage der Reparationskommission nach Empfang der Note der Reichsregierung auf Unstimmigkeiten zwischen dem deutschen Text der Reichsregierungsnote und dem englischen und deutsch-französischen Text der Abmachungen zwischen Hermes und dem englischen Mitglied der Reparationskommission zurückzuführen sind. Diese Unstimmigkeiten sind verurteilt worden dadurch, daß die Reichsregierung ihrer Antwort die Abmachungen Hermes-Brabburth in der Uebersetzung vom Englischen resp. Französischen ins Deutsche zugrunde gelegt hat.

Paris, 31. Mai. Die gestrige Kammer Sitzung hat noch immer nicht die mit Spannung erwartete Rede Poincarés gebracht. Der Ministerpräsident hat nicht gesprochen. Die wenigen Male, die er im Verlauf der gestrigen Sitzung in die Debatte eingriff, galten fast ausschließlich nur ganz unbedeutenden rein formalen Angelegenheiten. Es sprachen gestern nachmittags die Abgeordneten Marcel Cachin, Accambray, Barres und Sembat. Cachin und Sembat setzten sich für die deutsch-französische Annäherung ein. Barres entwickelte die Idee eines rheinischen Zwischenstaates und die Vorteile, die Frankreich aus einer Annäherung der französischen Sympathien im Rheinland zu gewinnen hätte. Im allgemeinen brachte die Sitzung keinerlei Zwischenfälle außer einer interessanten Debatte zwischen Sembat und Noblemaire, dem französischen Vertreter im Völkerbund, und dem Ministerpräsidenten. Sembat führte in seiner Rede aus, daß Deutschland unbedingt in den Völkerbund aufgenommen werden müsse und richtete sich mit der direkten Frage an Noblemaire: Nicht wahr, Herr Noblemaire, auch Sie sind der Ansicht? Der französische Völkerbundsvertreter hatte kaum zu der abweichenden Erklärung ausgeholt, daß Deutschland vorher den Artikel 1 über die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen habe, als er von Poincaré mit der Bemerkung kurz abgeknippt wurde, daß der französische Vertreter vor allem die Ansicht der französischen Regierung im Völkerbund zu vertreten habe. Poincaré wollte damit wieder einmal betonen, daß der Vertreter Frankreichs nicht die Vollmacht habe, nach eigenem Ermessen sein Recht zu wählen, sondern die Regierung allein ihm ihre Ansicht vorzubillieren solle.

Zürich, 31. Mai. Die neue „Züricher Zeitung“ sagt zu der deutschen Reparationsnote, die in Paris überreicht worden ist, daß sie so gehalten sei, daß man hoffen dürfte, daß sie einen bemerkenswerten Schritt auf dem Wege zu einer Einigung darstellt. Selbst wenn ihre Zurechtweisung nicht in allen Teilen restlos befriedigen sollte, biete sie jedenfalls eine Grundlage, auf der sich im Laufe der nächsten 14 Tage die endgültige Annäherung der verschiedenen Standpunkte vollziehen kann. Damit tritt das Gespenst der Ruhrbesetzung, mit dem die Welt durch die Lothringer Rede Poincarés von neuem gezeichnet worden ist, glücklicherweise wieder in den Hintergrund und mit ihm auch die Gefahr einer neuen Verschärfung der französisch-englischen Beziehungen wegen Meinungsverschiedenheiten in der Sanktionsfrage.

Genf, 30. Mai. Der französische Senatsausschuss für auswärtige Angelegenheiten beendete gestern unter Vorsitz unter Doumergues die Erörterung der aus-

Das Haus der Gnade.

Roman von Otfried v. Hanstein.

(Nachdruck verboten.)

51] Sie fuhren nun auf den Hof. Hinten, an den Stallgebäuden stand ein junges Mädchen in einem einfachen Hauskleid, eine große Schürze von derbem grauen Stoff vorgebunden. Vor ihr standen einige barfüßige Mägde und sie war dabei, mit diesen die Milchbübel, in denen soeben die Morgenmilch an die Molkelei abgeliefert war und die nun für den Mittag gereinigt werden sollten, durchzugehen.

Der Wagen fuhr in schnellem Trab vorbei, aber das Mädchen hatte aufgeschaut. Zwei Augenpaare waren auf den Bruchteil einer Sekunde ineinandergelautet, dann stieß sie einen gellenden Schrei aus und floh wie von Furien gepeht in den Stall, dessen Tür sie hinter sich zuwarf.

Dr. Vaul Schimper war bleich geworden.

„Dante, das war ja Fräulein Agnes!“

„Das war Agnes Weber, ganz recht.“

„Ja, als was ist sie denn hier? Ist sie denn nicht als Besuch bei der Tante?“

„Ja und nein. Sie ist eben im „Haus der Gnade.“ Es blieb keine Zeit zu weiterem Wortwechsel, denn sie waren vor dem Herrenhause vorgefahren und ein Diener trat heraus, um ihnen behilflich zu sein.

„Melden Sie mich, und hier die Karte.“

Der Forstmeister hatte dem Knecht die Besuchskarte aus der Hand genommen und sie dem Diener übergeben.

Sie waren einen Augenblick in der prunfvoll eingerichteten Diele allein.

„Nun sei flug, Junge. Verrate dich nicht und setz zu der jungen Rabe freundlich, wenn sie da ist. Mach' ihr ein wenig den Hof. Mit solchen Leuten muß man mit den Waffen kämpfen, die sie selbst gebrauchen. Abzinsen, der Baron ist im Grunde ein anständiger Kerl, nur ein Pantoffelheld, wie er im Buche steht.“

Die gnädige Frau läßt bitten.

Der Diener öffnete die Tür und ließ sie in den Salon

eintreten. Im ersten Augenblick sah sie sich Dr. Schimper unheimlich berührt. Seitdem seinen Geschmack mißfiel das Prosument, das hier aus jeder Ecke schaute, aber die Frau, die ihm da in ihrer derbtöndigen männlichen Figur entgegentrat, paßte in diese Umgebung.

Mit überfüllter Lebenswürdigkeit begrüßte sie den Doktor, von dem ihr schon ihre Tochter Eriska so viel erzählt hatte.

„Ja, wo ist denn das Kind?“ Sie klingelte.

„Johann, ich lasse Baroness Eriska bitten, sich zu mir zu bemühen. Melde Sie, daß wir Besuch haben.“

Wenige Minuten später erschien Eriska, und zwar in einem sehr eleganten Hauskleid, das Paar sorgfältig frisiert. Dr. Schimper sah sofort: Die hatte nicht gearbeitet wie ihre Kusine.

„Nein, Herr Doktor, diese Überraschung! Auf solche Freude war ich freilich nicht vorbereitet.“

Er verbeugte sich und küßte ihr galant die Hand.

Es begann nun eine etwas gezungene Unterhaltung, bis der Forstmeister ganz unvermutet hineinplante:

„Wo ist denn Fräulein Weber? Bekommt man sie nicht auch zu sehen?“

„Ich glaube, die liebe Agnes ist mit ihrem zukünftigen Bräutigam nach Grajemo hinüber. Ich deutete es Ihnen ja neulich schon an, Herr Forstmeister. Ich bin ja selbst so froh. Ich gönne ja den beiden jungen Menschen ihr Glück so sehr. Und besonders der guten Agnes. Sie haben sie ja wohl auch gefandt, Herr Doktor? Sie war so gänzlich mittellos zurückgeblieben. Nun, man tat ja, was man konnte, aber nun wird sie wieder selbständig, und das ist doch etwas anderes.“

„So, ist Fräulein Weber in der Tat verlobt?“

„Nicht nicht öffentlich, aber ich denke, in den nächsten Tagen werden wir die Karten verschicken können.“

„Aber Herr Doktor, wollen wir nicht lieber von Ihnen reden? Von Ihren herrlichen Reden? Ich habe ja Mama so viel von Ihrem Vortrag erzählt, und wie Sie damals so lebenswürdig waren, mir die Bücher zu nennen, in denen ich in meiner Dummheit ein wenig nachlernen konnte. Und dann von dem Ball beim Herrn Regierungsp-

äsidenten.“ Sie hatte gesprochen wie ein Wasserfall, doch ließ sie ihr die Mutter ins Wort.

„Ja, das Kind ist völlig verwandelt seit Ihrem Vortrag. Sie studiert in einemfort und hat ein Interesse an den Forschungen, wie ich es nie für möglich gehalten hätte. Ich bin Ihnen aufrichtig dankbar. Sie glauben gar nicht, mit welchem Eifer Eriska arbeitet. Sie hat mir neulich allen Ernstes geschrieben, daß sie studieren wolle. Nun, ich habe nichts dagegen. Bildung ist ja schließlich das einzige Gut, das Wert hat auf der Welt, und Geld ist doch immerhin nur dazu gut, sich Bildung zu erwerben. Das habe ich immer gesagt, nicht wahr, Eriska?“

Der Forstmeister hatte sich wohl an einem Reiz oder mit dem Begrüßungsportwein, der ihnen gereicht war, verschluckt, denn er bekam plötzlich einen furchtbaren Hustenanfall, frang auf, ließ an das Fenster und pustete sich mit vielem Geräusch die Nase.

Wenn dies auch nicht sehr fein war, so war es doch immer noch besser, als wenn er der Gutsbesitzer geradenwegs ins Gesicht gelacht hätte und zwischen einem von beiden blieb ihm nur die Wahl.

Dr. Schimper sah wie auf Kohlen. Er sah klar, daß hier ein Netz gesponnen wurde, und er war entschieden das Opfer, das man einfangen wollte.

Die Baronin und Eriska hatten in bezug auf Agnes bewußt die Unwahrheit gesagt, denn sie mußten ja wissen, daß diese nicht nach Grajemo, sondern auf dem Hofe und zwar in einer untergeordneten Arbeit tätig war.

Ebenso klar war es, daß Eriska mit allen Kräften einer ausdringlichen Kofetterie nach ihm angelte und daß die Mutter sie nach Kräften zu unterstützen suchte. Auch der „Gefühlsausbruch“ des Dntels war von ihm wohl verstanden.

Was ihm an der ganzen Sache nur so unheimlich blieb, war, daß er die Beweggründe nicht durchschauen konnte. Er, der unbekanntes Privatbesitz ohne Vermögen, der eben seinen ersten kleinen Erfolg errungen, war doch gewiß keine so erstrebenswerte Partie, daß ein hoch immerhin hübsches Mädchen wie Eriska sich um ihn reihen sollte.

(Fortsetzung folgt.)

wärtigen Tage. Der Ausschuss nahm noch die Mitteilungen des Finanzministers de Lasteyrie entgegen, monach die neue Frist an Deutschland der letzte Versuch sei, ohne Anwendung von Gewalt Deutschland zur Erfüllung des Versailler Vertrages zu bewegen. De Lasteyrie sprach auch über die Haltung Frankreichs im Falle abermaliger Nichterfüllung der Frist und über die Verteilung der sogenannten internationalen Anleihe auf die Ansprüche der Verbündeten. Der Senatsausschuss sprach einstimmig sein Vertrauen zur Politik der Regierung aus.

Wien, 31. Mai. Gestern abend haben sich die bürgerlichen Parteien auf das neue Kabinett geeinigt. Bundeskanzler wird der Führer der christlich sozialen Partei, Dr. Seipel. Minister des Äußeren wird der bisherige Handelsminister Dr. Grünberger, der einzige Nichtparlamentarier des Kabinetts. Außerdem gehören dem Kabinett noch 6 christlichsoziale und 3 großdeutsche Abgeordnete an. Der abtretende Bundeskanzler Schöner wird das Polizeipräsidium übernehmen.

London, 31. Mai. Lloyd George hat seine für Montag erwartete Rede über die Reparationsfrage und das englisch-französische Abkommen nicht gehalten und auf einige Tage verschoben, da augenblicklich die Verhältnisse in Irland seine ganze Aufmerksamkeit beanspruchten. Die englisch-irische Konferenz fand wegen Meinungsverschiedenheiten in der britischen interparlamentarischen Kommission nicht statt. Lloyd George konferierte gestern vormittag mit den englischen Unterzeichnern des Vertrags vom 6. Dezember. Die irischen Delegierten waren nicht anwesend. — Churchill bemerkte im Parlament, daß es noch nicht in die Pfingstferien eintreten könne. Auf Verlangen des Ministerpräsidenten sei ein Festivertag nach London verlegt worden, da Truppenkonzentrationen der Republikaner bemerkt worden seien. Weitere Verhärterungen würden, wenn nötig, folgen. Bei Fermanagh hat ein Gefecht zwischen Regierungstruppen und republikanischen Freireitern stattgefunden.

Paris, 30. Mai. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington verlautet dort gerücheltweise, daß in Mexiko unter Führung von Felix Diaz eine neue Revolution ausgebrochen sei. Das Gerücht fällt seitlich zusammen mit Vertrauensäußerungen des nordamerikanischen Präsidenten Harding in die Energie des mexikanischen Präsidenten Obregon. Man betrachte Obregon als „nar“ genug, gegen die angeblichen Reichsdröcker zu kämpfen.

Hottentottenaufstand in Deutsch-Südwest.

London, 31. Mai. In Deutsch-Südwestafrika sind die Eingeborenen mit der neuen Lage wenig einverstanden. Sie fordern Unabhängigkeit, Wiedereinsetzung des früheren Zustandes. Vereinzelt Hotentottensämme sind in offenem Aufstand begriffen. Bei Zwischensfällen gab es bei Weißen und Farbigen Tote und Verwundete, wobei auch die Polizei Verluste erlitt.

Ueber den Aufstand der Hotentotten gegen die Regierung der Union wird aus Kapstadt gemeldet: Die Hotentotten richteten ihre Angriffe gegen die Polizeiwachen. Die Regierung sandte den dreibändigen Polizeitruppen, die zum Teil geflüchtet waren, mehrere Flieger zu Hilfe, die die Negerdörfer mit Bomben belegten. Diese Maßnahme hat unter den benachbarten Negerstämmen Unruhen hervorgerufen. Die südafrikanischen Zeitungen warnen nunmehr die Regierung ernstlich, die Unterdrückung des Aufstandes in dieser Weise fortzusetzen. Die „Times“ kommen in einem Artikel über den Hottentottenaufstand zu einem merkwürdigen Geständnis, indem sie schreiben: Die Ursache dieses Aufstandes ist lediglich in der Behandlung der Eingeborenen zu suchen, welche die Regierung der südafrikanischen Union diesen zuteil werden läßt. Die Neger erblicken in dieser Behandlung eine Schwäche der weißen Bevölkerung und der Verwaltung. Die einzig richtige Behandlung, so hebt das Blatt weiter hervor, hätten vor dem Krieg die Deutschen angewandt, indem sie die Negerbevölkerung durch eiserne Zucht in Schach hielten. Während des Krieges lautete das Urteil der „Times“ und der übrigen gesamten französischen und englischen Presse bekanntlich gerade umgekehrt. Man sprach damals nur davon, daß die Behandlung der Neger durch die Deutschen eine einzige Kette von Greuelthaten darstelle.

Baden und Nachbarstaaten.

Karlsruhe, 31. Mai. Am 1. Juni tritt auf den Kraftpostlinien der Reichspostverwaltung ein neuer Fahrplan in Kraft. Die Verkehrszeiten sind aus dem auf den Haltestellen ausgehängten gedruckten Streckenfahrplänen zu ersehen und auch bei den Postanstalten sowie bei den öffentlichen Auskunftsstellen zu erfahren. Die Fahrpläne aller in Baden verkehrenden reichseigenen Kraftposten sind außerdem auch im Reichsdruckbuch und in dem „Grünen Kursbuch“ für Baden enthalten.

Karlsruhe, 31. Mai. Sein 25jähriges Berufsjubiläum konnte am heutigen 31. Mai Redakteur Karl Binder an der „Badischen Landeszeitung“ begehen, die bekanntlich am selben Tage ihr Erscheinen einstellt. Für Redakteur Karl Binder ist somit sein Jubiläumstag nicht so licht- und freudenvoll, wie man es ihm gerne gewünscht hätte. In allen Teilen der Karlsruher Kollegenkreise erregt sich Redakteur Binder weitgehender Sympathien, die auch aus weiten Kreisen der Bevölkerung einen Widerklang fanden, als es sich für ihn darum handelte, sich eine neue Stellung zu erringen.

Mannheim, 31. Mai. Beim Baden im Rhein ist die 33jährige Ehefrau R. Haddat ertrunken. — Nach eheleichen Zwistigkeiten hat sich die 33jährige Ehefrau eines Fabrikarbeiters in Neckarau aus dem 2. Stock ihrer Wohnung in den Hof gestürzt und lebensgefährliche Verletzungen erlitten.

Waldbürrn, 31. Mai. Das 10jährige Töchterchen des Arbeiters Job wollte einen Topf mit kochender Milch vom Herd ziehen. Dabei fingen die Kleider des Kindes Feuer und es erlitt so schwere Brandwunden, daß es starb.

Baden-Baden, 31. Mai. Letzte Woche fand hier die ordentliche jährliche Mitgliederversammlung des Vereins süddeutscher Zeitungsverleger unter dem Vor-

sitz des Verlegers Dr. Mittel-Karlsruhe und bei zahlreicher Beteiligung seitens der Mitglieder statt. Der Rechenschafts- und Tätigkeitsbericht über das verfllossene Vereinsjahr ließ erkennen, daß der Verein mit Erfolg bemüht war, die angehts der wirtschaftlichen Not der Zeitungsverlage nicht geringen Schwierigkeiten auf allen Gebieten zu beseitigen bzw. zu mildern. Der Verein mußte es als seine besondere Aufgabe erachten, soweit es in seinen Kräften stand, die Lage der Zeitungen nicht zu einer katastrophalen werden zu lassen, damit die Tageszeitungen ihrer kulturellen und nationalen Aufgabe trotz der Schwere der Zeit nachkommen können. In Verbindung mit weiteren maßgebenden Faktoren konnte diese Aufgabe bis jetzt in der Hauptsache erträglich gelöst werden. Ob aber schon für die nähere Zukunft das Schlimmste, nämlich der Zusammenbruch der Presse, abgewendet werden kann, steht angehts der derzeitigen zögernden Stellungnahme der Reichsregierung zu den von dem Reichstag am 7. April geforderten gesetzlichen Maßnahmen zur Steuerung der Zeitungsnot sehr in Frage. Die Verlegerschaft sieht mit der größten Besorgnis in die allernächste Zukunft.

In der Versammlung kam die tieftraurige Lage des Zeitungsverlages selbstredend mehrfach oft in drastischer Weise zum Ausdruck. Es ist deshalb sehr erfreulich, aus dem Rechenschaftsbericht zu ersehen, daß in Baden und der Pfalz kein Zeitungsverlag von Bedeutung dem Verein fernsteht, was im Hinblick auf die Lage und die Vertretung der gemeinsamen Interessen zu begrüßen ist. Die Bedeutung des Vereins hat daher auch im verflossenen Vereinsjahr zugenommen.

Singen a. D., 31. Mai. Gestern vormittag halb 9 Uhr brach aus noch unbekannter Ursache in der hiesigen Metallwarenindustrie Großfeuer aus, das rasch um sich griff und großen Schaden anrichtete. Die wertvollen Maschinen wurden stark in Mitleidenschaft gezogen. Wie verlautet, wird eine Betriebsstörung nicht eintreten.

Drahtnachrichten.

WTB. Berlin, 1. Juni. Die an den Reparationsfragen beteiligten Mitglieder des Reichskabinetts hielten gestern nachmittag eine Besprechung über das Reparationsproblem ab. Im Anschluß daran fand eine Kabinettsitzung statt, in der über den Gesetzentwurf zur Behebung der Notlage der Presse beraten wurde. Das Kabinett beschloß, die Sache noch einmal in Ressortbesprechungen zu behandeln, alsdann soll ein Gesetzentwurf der Reichsregierung schnellstmöglich vorgelegt werden.

WTB. Gießen, 1. Juni. Auf Schacht Amalia der Gewerkschaft Helene Essen ereignete sich gestern Abend ein Grubenunglück, das vermutlich auf eine Explosion zurückzuführen ist. Bei den Bergungsarbeiten wurden bisher 3 Tote geborgen, nähere Einzelheiten fehlen noch.

WTB. London, 1. Juni. In einer kurzen Darlegung der Reparationsfrage sagte Lloyd George, man könne annehmen, daß die kritische Phase, in welcher sich die Reparationsfrage vor kurzem befand, im Augenblick vorüber sei.

Mutmaßliches Wetter.

Störungen ziehen aus Südwesten auf. Am Freitag und Samstag ist vielfach bedecktes und mit zahlreichen Gewittern verbundenen Wetter zu erwarten.

Körperschaftsteuer.

Aufforderung zur Anmeldung steuerlich wichtiger Vorgänge.

Die Körperschaftsteuerpflichtigen Personenvereinigungen und Zweckverbände, die im Besitz des Finanzamts Durlach den Ort der Leistung oder, wenn der Ort der Leistung im Ausland liegt, ihren Sitz, einen nach § 71 der Reichsabgabenordnung bestellten Vertreter oder den größten Teil ihres inländischen Vermögens haben, werden darauf hingewiesen, daß sie verpflichtet sind, folgende für die Steuerpflicht wichtige Vorgänge jeweils binnen 3 Wochen nach ihrem Eintritt dem unterzeichneten Finanzamt anzugeben:

1. ihre Gründung sowie den Eintritt von Tatsachen, die ihre Steuerpflicht oder eine veränderte Steuerpflicht zur Folge haben,
2. den Erwerb der Rechtsfähigkeit, den Lebergang aus einer Rechtsform oder Gesellschaftsform in eine andere sowie die Verschmelzung (Fusion) mit einer anderen Gesellschaft,
3. die Verlegung des Ortes der Leistung oder des Sitzes in das Inland sowie in das Ausland,
4. die Verschließung über die Auflösung oder den Eintritt der Auflösung aus andern Gründen,
5. die Beendigung der Vermögensauseinanderlegung (Liquidation) und die Wichtung im Handels-, Vereins- oder Genossenschaftsregister.

Die Pflicht zur Anzeige trifft die gesetzlichen Vertreter, Vorstände, Geschäftsführer oder, wo solche bei Personenvereinigungen nicht vorhanden sind, die Mitglieder oder Beteiligten (§§ 84, 86 der Reichsabgabenordnung).

Die Unterlassung der Anzeige ist nach § 27 des Körperschaftsteuergesetzes vom 30. März 1920 und § 377 der Reichsabgabenordnung mit einer Ordnungsgrafte von 5 bis 500 M. bedroht. Sie kann eine Haftung für den Steueranspruch zur Folge haben (§ 90 der Reichsabgabenordnung).

Körperschaftsteuerpflichtig sind:

1. die Erwerbsgesellschaften (Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Kolonialgesellschaften, bergbaureibende rechtsfähige Vereinigungen und nichtrechtsfähige Bergwerksvereinigungen, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, sonstige Personenvereinigungen mit wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb, deren Zweck die Erzielung wirtschaftlicher Vorteile für sich oder ihre Mitglieder ist),
2. die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit und die politischen Parteien und Vereine mit eigenem Gewerbebetrieb,
3. sonstige juristische Personen des bürgerlichen Rechts, insbesondere eingetragene Vereine, rechtsfähige Auktoren und Stützungen,
4. juristische Personen des öffentlichen Rechts, insbesondere kirchliche Körperschaften, Anstalten und Stiftungen,
5. nichtrechtsfähige Personenvereinigungen und Zweckverbände mit Ausnahme der offenen Handelsgesellschaften, der Kommanditgesellschaften und der sonstigen Erwerbsgesellschaften, bei denen die Gesellschafter als Unternehmer (Mitunternehmer) des Betriebs anzusehen sind.

Die Steuerpflichtigen werden ferner darauf hingewiesen, daß sie jeweils nach Ablauf ihres Geschäftsjahres (Wirtschaftsjahres) eine Steuererklärung abzugeben haben. Wenn ihnen eine besondere Aufforderung hierzu nicht zugeht, ist die Steuererklärung binnen der Frist von drei Monaten nach Ablauf des Tages abzugeben, an dem das Jahresergebnis (der Jahresabschluss) von den zuständigen Organen festgestellt worden ist.

Die Erwerbsgesellschaften (Abt. 4 Nr. 1) haben ohne besondere Aufforderung binnen einem Monat nach Feststellung der Bilanz oder des sonstigen Abschlusses durch die zuständigen Organe zehn v. H.

des Reingewinns als vorläufige Zahlung auf die Körperschaftsteuer zu entrichten.

Diese vorläufige Zahlung erhöht sich für die nach dem 31. Dezember 1921 zu Ende gehenden Geschäftsjahre auf 15 v. H. Der Mehrbetrag der vorläufigen Zahlung ist bis zum 4. Juni 1922 zu entrichten; falls aber die Bilanz, bzw. am 4. Juni 1922 noch nicht festgestellt war, so ist die ganze erhöhte vorläufige Zahlung binnen eines Monats nach dieser Feststellung zu leisten. Nicht rechtzeitige Entrichtung hat einen Zuschlag von zwanzig v. H. der endgültig festgesetzten Steuer zur Folge.

Durlach, den 27. Mai 1922.
Finanzamt Durlach.

Kaholpversteigerung des Forstamts Langenleinsbach.

Mittwoch, den 14. Juni d. J., vormittags 8 Uhr im „Grünen Baum“ in Langenleinsbach. Das Dürchholz aus Domänenwaldstück V Hermannsgrund, Abt. 15, 16, 17, 18, und VII Bachwald, Abt. 5, 6, 7 nämlich: 1. Eiche IV, 96 Fichtenstämme und 1. Abt. 1-III, und 15 Fichtenstämme IV-VI Klasse mit auf ca. 120 im Als Steigerer zu den Abt. V 16, 17, 18, VII 5, 6, 7 mit ca. 70 im werden nur Selbstverbraucher und Kleinhandwerker zugelassen. Vorkäufer in Ditt. V Fortwart Schäfer in Obermühlbach, Ditt. VII Förster Ronnenmacher in Wilferdingen. Losausgabe durch das Forstamt.

Gaskoks.

Durch Stadtratsbeschluss vom 31. Mai 1922 sind die Gaskokspreise mit Wirkung vom 1. Juni 1922 ab wie folgt festgesetzt:

Großkoks	105	je Str. ab Gaswerk
Reißkoks	115	„ „ „
Reißkoks	95	„ „ „
Schlackenkoks	52 50	„ „ „

Für die Asche werden die jeweils von der Ortskostenstelle festgesetzten Sätze berechnet.
Durlach, den 1. Juni 1922.
Der Bürgermeister.

Bersteigerung.

Freitag, den 2. Juni d. J., nachmittags 6 1/2 Uhr, werden Freitag, 27 gegen bar öffentlich versteigert:

3 Bettstellen, 1 Kommode, 1 Badstube, 1 Eischränke und 20 eiserne Gartenstühle.

Freibank.

Morgen Freitag vormittag 7 Uhr:

Kuhfleisch

per Hund 20 Mf.

Spezialgeschäft
12 Hauptstraße
— per Berliner 250 Mf. bei
— find and haben bei
Wiederverkauf

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A. G.

gegründet im Jahre 1785 durch W. H. Ladenburg & Söhne, Bankhaus in Mannheim.

Eigen-Vermögen 227 Millionen Mark.

Filiale Durlach, Hauptstrasse 32

Telefon Nr. 30 und 185.

Centrale Mannheim.

Filialen:

Alzey	Kaiserslautern	Offenburg
Baden-Baden	Karlsruhe	Oppenheim
Bruchsal	Rahl a. Rh.	Pforzheim
Durlach	Landau	Pirmasors
Emmendingen	Lörrach	Rastatt
Freiburg i. B.	Ludwigshafen	Singen a. R.
Gernsbach	Wonnstadt a. d. R.	Villingen
Heidelberg		Weinheim a. R.
		Worms a. Rh.

Depositenkassen:

Karlsruhe a/Markt in Mannheim: Heidelbergerstr. P. 7 15 Friedenheim	Neckarau Breiten BBH Ettlingen	Honbach i. B. Mühlheim i. B. Schwetzingen Fauerbischofsheim
--	---	--

Zahlstellen:

Anweiler Bergsheim Buchen Eberbach	Gernsheim Hauenstein i. Pf. Harrnab Wonnstadt i. Schw.	Sinsheim a. Rh. Unterschöpl Walldürn
---	---	--

Wechselstuben:

Karlsruhe, Hauptbahnhof; Basel, Badischer Bahnhof. Frankfurt a. M., Bankhaus E. Ladenburg.

Sorgfältige Erledigung aller Geldgeschäfte. Spareinlagen werden sehr vorteilhaft verzinst.

Morgen Freitag, den 2. Juni (bei günstiger Witterung) abends 7 Uhr:

Eröffnung der Freilichtspiele im Garten z. Amalienbad.

Todes-Anzeige.
 Verwandten, Fremden u. Bekannten die traurige Nachricht, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, unsern lieben Vater, Bruder und Onkel
Franz Kaver Weindel
 Kreislenkontrollent nach langer, mit Geduld ertragener Krankheit wohl vorbereitet im Alter von 52 Jahren in die Ewigkeit abzurufen
 Durlach, den 1. Juni 1922.
 Die trauernden Hinterbliebenen.
 Beerdigung: Freitag nachmittag 5 Uhr

Danksagung.
 Für die vielen Beweise wohlwollender Teilnahme an dem uns so schwer betroffenen, schmerzlichen Verluste unseres nun in Gott ruhenden lieben Vaters, Bruders, Schwagers und Onkels
Gustav Doll
 Optiker
 sagen wir unseren herzlichsten Dank. Besonderen Dank dem Gesangsverein Liedertranz für seine ergreifenden Gesangsvorträge, für den Sängernachruf seines Vorstandes des Herrn Semmler und Herrn Stadtpfarrer Wolfhard für seine Trostworte und ebenso allen, die den Verstorbenen mit den schönsten Blumenbüscheln bedacht haben und ihm das Beste zu seiner letzten Ruhestätte gaben
 Durlach, 31. Mai 1922
 Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Frau Marie Doll.

Trotz enormer Preiserhöhung
 verkaufen wir noch zu billigen Preisen:
Hosen
 feldgrau, Zwirn, Qualitätsleder, Mancheser, und Duxin
Joppen in jeder Qualität
blaue Arbeiter-Anzüge.
 Auf Wunsch Anfertigung nach Maß
Großes Lager in Anzugstoffen.
Bekleidungs-Industrie Durlach
 Kappenstraße 5, im Saal zur „Alten Residenz“.

Gämtliche Artikel
 für den
Saunastrich
 empfiehlt
Adler-Drogerie Ernst Bauer.

Gehackte Leber
 per Bfd. 24 A, sowie täglich
frischgekochte Süße
 per Bfd. 32 A, empfiehlt
Karl Knecht, Metzgerei, Kelterstr. 10.

Ia. Kuhfleisch
 wird angesehen bei
Ernst Löffel, Metzger,
 Hauptstr. 5.

Reichsbund der Kriegsbeschädigt., Kriegsteilnehm. u. Kriegshinterbliebenen (Ortsgruppe Durlach.)
 Wir legen die Mitglieder vom dem Ableben unseres wertvollen Mitgliedes
Franz Weindel
 geehrend in Kenntnis die Beerdigung findet Freitag nach 5 Uhr auf dem hiesigen Friedhofe statt
 Um zahlreiche Beteiligung bittet
 Der Vorstand

Kommunist. Jugend Durlach.
 Heute Donnerstag abend 7 Uhr findet in der Friedhofschule - Zimmer Nr. 2 - eine öffentliche Jugend-Versammlung statt. Thema: „Unsere Stellungnahme zum Religionsunterricht in den Gewerkschaften und Fortbildungsgesellschaften.“ Jugendliche Arbeiter u. Lehrlinge sind freundlichst eingeladen.

Geflügelzuchtverein e. B. Durlach

 Aufgabe von Adressen: Freitag, 2. Juni von 4 bis 6 Uhr an der bekannten Ausgabestelle

Statt Karten!
 Ihre Vermählung beehren sich anzuzeigen
Fritz Zimmermann, Apotheker
 und **Frau Mathilde, geb. Demmer**
 Durlach, 1. Juni 1922.

LUGER
 empfehlen prima
Speisekartoffeln
 Bfd. 2.50
 bei Mehrabnahme billiger.
 Ferner empfehlen
 Ia. gebrannten
Kaffee
 Bfd. 80.-
 Werkstätte
 und Lagerraum
 zu vermieten
 Hauptstr. 29 (Laden)

Städtische Volksbücherei Durlach.
 Des Umzugs wegen bleibt die Stadt Volksbücherei bis auf weiteres geschlossen. Die Eröffnung wird seiner Zeit bekannt gegeben.
 W. Baumann

Freitag, den 2. Juni, abends 8 Uhr, im gold. Löwen
Spieler-Versammlung.
 Erscheinen dringend nötig (Bücherei betriebl. Der Spielerschuss.

Futter-Berkauf.
 Morgen Freitag abend 7 Uhr lasse ich den Acker-Ertrag von 2000 l. in der U.S.B., an der Stelle öffentlich versteigern.
 Liebhaber wollen punkt 7 Uhr Bergwaldstraße bei den Bierkellern ein treffen.
 G. K. Schweigert.

Ortsverein d. zurüdgekehrten Beamten und Beamtenwitwen Durlach.
 In der am Freitag, den 2. Juni abends 8 Uhr, im Gaubaus zum Protodil (Rebenstümmel) stattfindenden Jahresversammlung (wichtige Besprechungen) werden die verehrl. Mitglieder und hiesige Ruhestandsbeamten im persönlichen und zahlreichem Erscheinen freundlichst eingeladen.
 Der Vorsitzende.

Am Pfingstamstag, den 3. Juni 1922 sind unsere Kasse u. Büro geschlossen.
Süddeutsche Disconto-Gesellschaft
 A.-G.
 Filiale Durlach.

Überberreimalmaschinen-Konstrukteur
 in angenehme Stellung bei hohem Gehalt gesucht. Herren, die über mehrjährige Spezialerfahrung verfügen, werden um Antwort gebeten.
Wilhelm Höder, Frankfurt a. M.
 Wittelsbacher Allee 98

Verloren
 gestern mittag in der U.S.B. ein Wagenschlüssel. Abzugeben gegen gute Belohnung
 Weingartenstr. 25, 3. St.
Witerte, Cellerie, Tabak, Wirsing- und Koffraut-Pflanzen
 zu haben bei
Heinrich Schneider, Friedhofstr. 3.

Himbeer- und Zitronensaft
 mit Zucker geist
Mineralwasser
 empfiehlt
Adler-Drogerie Ernst Bauer.

Wohn- u. Geschäftshäuser
 sucht zu kaufen.
Kaiser-Dandelsberg, Karlsruhe, Erbk. Nr. 1

Ordnungliches Mädchen
 d. etwas lochen kann, findet per sofort oder 15 Juni angenehme Stellung. Kann entl. an hiesige schloßen Sonn- und Feiertage frei.
Franz Elise Schindel jr., Hauptstr. 88.

Heißes Mädchen
 das etwas lochen kann, per sofort bei gutem Lohn gesucht
 Zu erfragen im Verlag.
 Heißes ehrl. Mädchen
 welches auch Lust zum Servieren hat, bei gutem Lohn. Zu erfragen
Kleiner Adler, Aue Eichen

Ein Cutaway
 für schlanke Figur preiswert zu verkaufen
 Weingartenstr. 19 III. I.
Unterhaltener Herd
 preiswert zu verkaufen
 Durlachstr. 15, 2. St.

Ein Cutaway
 für schlanke Figur preiswert zu verkaufen
 Weingartenstr. 19 III. I.
Unterhaltener Herd
 preiswert zu verkaufen
 Durlachstr. 15, 2. St.

Handwagen
 zu kaufen gesucht
 Angebote unter Nr. 281 an den Verlag d. Bl.
Gute Milchziege
 zu kaufen gesucht
 Angebote unter Nr. 278 an den Verlag.

Lederwaren immer noch sehr billig

Brieftaschen nur echt Leder, vom einfachsten bis zur feinsten Ausführung 95.- 450.- 350.- 250.- 125.- 98.-	Scheintaschen nur echt Leder, mit Lederfutter, unendlich viele Modelle 450.- 350.- 150.- 75.- 68.- 54.- 48.-
Besuchstaschen nur echt Leder, tolle hübsche Form, in hellen u. dunklen Farbenstellungen 88.-	Besuchstaschen echt Leder, mit eingel. Spiegel u. Schreibplatte, Ia. Qual., grosse hübsche Form 195.-
Damentaschen	Flügelstaschen
vom einfachsten bis zur allerfeinsten Ausführung 450.- 375.- 198.- viele hunderte Modelle	

Auf Wunsch werden ausgesuchte Gegenstände gegen Anzahlung ohne jeden Auschlag bis 6 Monate zurückgelegt.

Besuch ohne Kaufzwang - Kein Laden - Etagesgeschäft
Offenbacher Lederwaren-Vertrieb
 en gros Kaiserstr. 203, 1. KARLSRUHE en detail Kaiserstr. 203, 1.

Briefwechjel
 mit junger, hübscher Dame jetzt 24-jähriger Kaufmann
 Zuschriften unter Nr. 279 an das Durlacher Tageblatt.

Backsteine.
 Alle saubere Backsteine, Dachziegel, Bausteine, Bretter und Latten zu kaufen gesucht.
 Angebote unter Nr. 280 an den Verlag d. Bl.

Kapital-Gesuch
 für prima Objekt hier, werden zur Auslösung einer Hypothek 7000 A von düntlichem Zinszahler gesucht. Angeb. unter Nr. 277 an den Verlag

Ein gebrauchter, mittlerer oder größerer
Kassenschrank
 noch gut erhalten, zu kaufen gesucht. Angeb. mit Preisangabe unter Nr. 276 an den Verlag

Handwagen
 zu kaufen gesucht
 Angebote unter Nr. 281 an den Verlag d. Bl.
Gute Milchziege
 zu kaufen gesucht
 Angebote unter Nr. 278 an den Verlag.

Zu verkaufen
 ein fast neuer Kinderwagen
 Aue, Waldstr. 66.